



LETZTE MELDUNG:
BIBS setzt sich beim
Heizkraftwerk durch - Um-
weltverträglichkeitsprüfung
doch erforderlich!

Atom-Schrott nach Thune?

Hat sich Eckert & Ziegler für Konditionierungsarbeiten zum Abbau bundesdeutscher Kernkraftwerke zertifizieren lassen, ohne die Stadt - oder im Rechtsstreit die Gerichte - darüber in Kenntnis zu setzen?

Ein entsprechendes Dokument zum Rückbau des Atomkraftwerkes Krümmel an der Elbe fiel jetzt der Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) in die Hände.

Die Redaktion von „Unser-Braunschweig“ hakte mit einer Presseanfrage bei der Stadt und bei der Nuklearfirma nach und fragte, ob der Stadt die Ambitionen der Nuklearfirma vor allem während der geführten Gerichts-Prozesse bekannt waren.

Stadt hüllt sich in Schweigen

Das aufgefundene Zertifizierungsdokument ist bezüglich der Erweiterungs-Pläne in Thune brisant, beteuerte Eckert & Ziegler doch seit Jahren öffentlich das genaue Gegenteil, ... man habe niemals die Absicht gehabt,



Foto: Andreas Singler

Atomschrott ausgedienter Atomkraftwerke in Thune zu bearbeiten.

Jetzt wird zurückgerudert:

„... der entsprechende Sachverhalt war bekannt, ganz sicher der zuständigen Behörde, also der Stadt Braun-

schweig“ (Antwort des Medienbeauftragten von Eckert & Ziegler vom 23.10.2019)

Dem widerspricht die Stadtverwaltung zunächst **nicht** und schweigt. Nach Drucklegung bestreitet die Stadt, davon gewusst zu haben.

Stillstand in Thune

Am 18.11.2011 stellte Eckert & Ziegler Umweltdienste GmbH an die Stadt einen Bauantrag für eine große Halle zur Durchführung von Mes-
... weiter auf Seite 2

Inhaltsverzeichnis

BS|Energy wollte Kraftwerk ohne Umweltverträglichkeit Seite 2

Riesen-Chance mit Wasserstoff Seite 2

Brachflächen der Region nutzen Seite 2

Flughafen - Fass ohne Boden Seite 3

Strahlenbelastung durch Mobilfunk 5G Seite 4/5

Ärzte warnen vor 5G-Mobilfunk

BIBS fordert alternativen Klimahaushalt Seite 6

ÖPNV oder Autos Seite 6

Ackerböden bewahren Seite 7

Menschen „ausmisten“? . Seite 7

Ehrenbürger Borek Seite 8

Hände weg von Viewegs Garten!

Alles soll anders werden im Bahnhofsviertel - plant die Stadt.

Nicht auf Kosten von Natur, Stadtklima und Radverkehr - fordern wir! Käme es zur Umsetzung des vorliegenden Planes, würden rund 350 Bäume verloren gehen, zwei Ecken des historischen Parks Viewegs Garten mit Hochhäusern bebaut und rund 18.000 Quadratmetern neu versiegelt. Das beinhaltet der Siegerentwurf des Architekturwettbewerbs Bahnhofsviertel.

Der Entwurf sieht eine komplette Umgestaltung vor Hauptbahnhof und Bravo-Park vor. Auf der Strecke bleiben Klimaschutz, Natur und Radverkehr.

Wir haben gezählt: 350 Bäume weniger ist die Differenz aus den vorhandenen, großen alten Bäumen im Planungsgebiet, die für die Umgestaltung gefällt würden und den kleinen Bäumen, die neu gepflanzt werden sollen, käme es zur Umsetzung des im Moment noch fiktiven Planes. (Quellen:

veröffentlichter Siegerentwurf und Baumkataster). Mit der Entscheidung hat die Stadt es sehr eilig. Viewegs Garten ist zwar nicht denkmalgeschützt, steht aber planungsrechtlich unter Schutz. Das soll nun durch eine Änderung des Flächennutzungsplans aufgehoben werden.

Vorentscheidung befürchtet

Ob hier versucht werden soll, das Projekt noch schnell durchzupfeitschen, bevor Fridays for Future Mitspracherechte erhält?

Der Bezirksrat hatte sich für einen Aufschub und für mehr Bürger*innenbeteiligung ausgesprochen. Die anderen Ratsgremien haben trotzdem die Vorlage angenommen, mit den Stimmen von CDU und SPD. BIBS und Linke haben dagegen gestimmt!

Einen Rückbau von Kurt-Schumacher-Straße und Ring halten wir zwar

für zukunftsweisend, um Raum für Gehwege, Radverkehr, ÖPNV, Bäume und Sträucher zu schaffen, davon kann hier jedoch keine Rede sein. Die frei werdenden Flächen sollen dicht mit bis zu achtgeschossigen Hochhäusern bebaut werden - darin aber nur 300 (Eigentums-) Wohnungen! Der klimaschädliche Autoverkehr würde durch den Neubau eines Parkhauses sogar noch zunehmen. Eine zeitgemäße Radverkehrsförderung sucht man in dem Entwurf vergebens. Nur die Radabstellplätze vor dem Bahnhof würden in die erste Etage eines zu kleinen Parkhauses daneben verlegt. Die großen, grünen Verkehrsinseln mit ihren vielen Bäumen sollen verschwinden.

Gerade 2006 wurde der Park noch aufwändig saniert, Wege wurden erneuert und Bäume gepflanzt. 2017 fand hier der Tag des Baumes statt. 2014 hat die Stadt im Rahmen des Projekts „Drei Bäume für Deutschland“ in einer fei-
... weiter auf Seite 3

Aufruf zum Protest AFD-Bundesparteitag

Die „Heute-Show“ verspottet Braunschweig

Käme es zum Bundesparteitag der AfD in der Volkswagenhalle, würde nach bisherigen Absprachen das Volkswagen-Logo verhängt werden; es wäre dann am 30.11.2019, während die AfD drinnen tagt, draußen zu lesen:

HALLE BRAUNSCHWEIG

Nach den Morden in der Stadt Halle geht das ja wohl gar nicht! Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Stadthallen-Betriebsgesellschaft mbH wurden rechtzeitig noch vor der drohenden Blamage für die Stadt aufgerufen, zu handeln.

Der Aufsichtsrat der Stadthallen-Betriebsgesellschaft mbH tagte am

6.11.2019 und sollte den Verantwortlichen

„Rückendeckung des Aufsichtsrates für den Geschäftsführer zur Kündigung des Mietvertrages AfD-Bundesparteitag 30.11/1.12.2019 aus besonderem Grunde“ geben. Denn anders, als seitens des Rathaussprechers Keunecke am 16.10.2019 in der Presse verlautbart wurde, unterliegt das Vermietgeschäft **nicht** dem öffentlichen und speziell dem Parteienrecht, sondern dem Privatrecht - gemäß BGB, GmbH-Gesetz und Handelsgesetzbuch.
... weiter auf Seite 7

Kommentar Edmund Schultz:

Während die meisten Ratsleute zustimmend nicken, wenn Fridays for Future vor dem naheliegenden Aussterben der Menschheit warnt, wegen Untätigkeit angesichts der Klimakatastrophe, wird gleichzeitig ein Entwurf zum Sieger gekürt, der große Flächen versiegelt, hunderte

Bäume vernichtet und Radverkehrsförderung vergisst! Geht's noch? Schon jetzt kann Braunschweig seine Klimaziele nicht einhalten und dieses Projekt ist ganz offensichtlich in hohem Maße klimaschädlich! „How dare You - wie könnt Ihr es wagen!“ dieses Zitat von Greta Thunberg trifft auch hier den Nagel auf den Kopf. Solange es in der Stadt noch Dächer

ohne Solaranlage gibt und Orte, wo ein Baum oder ein Strauch wachsen könnte, sollte man nicht einmal daran denken, Geld anders zu investieren als in das Ringen um unser aller Zukunft! Petition für den Erhalt von Park und Grünflächen: <https://weact.campact.de/p/viewegsgarten-haende-weg>



Mogelpackung Klimaziele?

„Schluss mit Pille-Palle“, ruft Frau Merkel und liefert das Klimapaket der Bundesregierung ab; die neue EU-Chefin von der Leyen verkündet beim Amtsantritt die höchste Priorität für's Europa-weite Klima und selbst im provinziellen Braunschweig tagt der Rats-Umwelt-Ausschuss mit Fridays for Future (s. BZ vom 2.10.) auf Augenhöhe - die Skepsis bleibt: alles nur eine Mogelpackung?

... weiter auf Seite 2

Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Parteitag

Am Samstag, 30.11. ab 7 Uhr morgens hat das Bündnis gegen Rechts mehrere Kundgebungen rund um die Halle angezeigt.
Um 9:00 Uhr gibt es eine Auftaktkundgebung direkt vor der Volkswagenhalle.
Ab 11:00 Uhr beginnt eine Großdemonstration auf dem Europaplatz. Ein Demonstrationszug führt dann in die Innenstadt zum Schlossplatz.
Um 13:00 Uhr startet eine Großkundgebung auf dem Schlossplatz. Dort soll es dann Reden (unter anderem vom Oberbürgermeister Markurth) und ein musikalisches und kulturelles Begleitprogramm geben.

... weiter von Seite 1

Mogelpackung Klimaziele?

Nun wird Braunschweig wohl selbst die mageren Klimaziele der Bundesregierung (Grok) beim neuen Heizkraftwerk dramatisch reißen - demnach hat die Groko eine CO₂-Reduzierung um 55 % bis 2030 bei Heizkraftwerken vorgeschrieben.

In Braunschweig erhofft man sich dagegen mit dem neuen Heizkraftwerk Mitte (Uferstraße) nach den Plänen von BS-Energy/veolia (Ersatz der Kohle durch Sperrmüll) eine CO₂ Reduktion von gerade mal 12 %!

Umweltverträglichkeit überflüssig?

So betonte es auch noch der Oberbürgermeister in der Ratssitzung am 17.9.2019 mit großem Nachdruck: „Selbstverständlich ist der CO₂ und nicht nur der CO₂-Ausstoß eines zukünftigen Kraftwerkes am Standort

wesentlich geringer [...] Das wird eine wesentlich grünere Erzeugung“ (Rede Markurths - Audio-Mitschnitt Ratssitzung vom 17.9.2019)

Deshalb bräuchte man auch keine zusätzliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). „Aus wirtschaftlichen Interessen, aber vor allen Dingen auch aus ökologischen Interessen“ sollte jetzt zügig verfahren und „nicht künstlich behindert“ werden.

Übrigens lehnte kurz nach Markurth auch die grüne Fraktionsvorsitzende Elke Flake mit fast identischer Begründung eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die geplante "Biomasse"-Verbrennung ab. (War die UVP nicht vor gar nicht mal so grauer Vorzeit das Vorzeige-Umweltprojekt der grünen Partei?)

Grüne Fraktionsvorsitzende Elke Flake lehnt Umweltverträglichkeitsprüfung ab „Da werden sich ja bestimmt viele wundern, wir lehnen eine Umweltverträglichkeitsprüfung ab“, so Elke

Flake im Rat am 17.9.2019. Zum einen würde das „ein Jahr, eher sogar 2 Jahre dauern“ - dann würde das geplante Biomasse-Kraftwerk „natürlich alle gesetzlichen Auflagen bei einer UVP erfüllen“ und fragte in den Raum, wenn es nicht vorgeschrieben sei, „wer müsste das bezahlen?“ - Die Stadt, das sei „richtig, richtig viel Geld“. Daher sei die seitens BIBS geforderte UVP der falsche Weg und das sage sie als Grüne, „dass wir gucken müssen, wie bei einem neuen Kraftwerk die Umwelt- und Klimaschädigung so gering wie möglich gehalten werden könne“. Sie sehe da „gerade auch Nicken auf der Seite der CDU - sind wir uns doch alle einig“ (Elke Flake zum Biomassekraftwerk am 17.9.2019. Die ganze Mitschrift liegt im Rathaus vor und kann z.B. in den Fraktionsräumen der BIBS angefordert werden.)

Nun wird es spannend, wenn diese „wesentlich grünere“ Verbrennung mit Pauken und Trompeten sogar hinter



Heizkraftwerk Mitte, Uferstraße
Hoher Schornstein trotz Neubau unverzichtbar?

den mageren Klimazielen der Groko zurückzubleiben gedenkt ... Armes Braunschweig - solche Klima-Akteure

hast Du nicht auch noch verdient!
Peter Rosenbaum Fraktionsvorsitzender der der BIBS-Fraktion im Rat der Stadt

Riesenchance mit Wasserstoff



Wasserstoff-Tankstelle an der Hamburger Str. verspätet sich ... Nun müssen sich die mit Wasserstoff und Brennstoffzellen betriebenen Autos bis voraussichtlich April/Mai 2020 gedulden. Die Stadt und die TU hatten bereits solche Fahrzeuge bei Hyundai geordert. In der letzten Ausgabe von "Unser-Braunschweig" hatten wir berichtet: http://www.bibs-fraktion.de/.../user.../2019_04_18_ub22.pdf

reduziertem Eisen (DRI). Die CO₂-Verminderung soll dabei durch den partiellen Ersatz des Reduktionsmittels Kohle durch Wasserstoff erreicht werden, der flexibel mittels erneuerbarer Energien erzeugt werden soll. Das direkt-reduzierte Eisen kann so als Energiespeicher für Fluktuationen in der Strombereitstellung dienen.

Industriebrachen als Zukunfts-Chance der Region

BIBS begrüßt regionalen Vorstoß: „In der Richtung könnte man sich einen ‚Zukunftswurf‘ vorstellen, nämlich in Bezug auf die Frage ‚Elektromobilität‘ und ‚Wasserstoff‘. Es stehen jede Menge Windkraftanlagen rum, die oftmals abgeschaltet wurden. In der Bundesrepublik werden Anlagen abgeschaltet und müssen

entschädigt werden, wenn der Strom nicht abgenommen wird. Und das in der Größenordnung von 700 Millionen Euro. 750 Tausend Wasserstoff-PKW's könnte man damit betreiben. Was für ein Wahnsinn!

Wir bezahlen den Preis als Entschädigung und nutzen das nicht. Die Flächen in Salzgitter wären geeignet: Da ist Linde vertreten, da ist Alstom vertreten, die mit Wasserstoff schon Züge bauen können.

Da wäre mal regional zu kooperieren zwischen den Kommunen, mal weiterzudenken, vielleicht eine lukrative Geschichte für die Zukunft, für die Wirtschaft und natürlich auch für die Städte.“

(Auszug der Rede des Fraktionsvorsitzenden der BIBS-Fraktion Peter Rosenbaum im Rat am 17.9.2019)

Brachflächen der Region nutzen! - Interkommunal

Interkommunal heißt, dass man vielleicht auch über den eigenen Tellerrand hinausschauen muss. Wir haben ja seinerzeit das Projekt Stiddien, interkommunales Gewerbegebiet Salzgitter gehabt, das dann doch gescheitert ist. (siehe Ausgabe 20 unserer Zeitung) Da hat man nämlich nicht über den eigenen Tellerrand geschaut, sondern hat gesagt, wir wollen sowas nur machen, wenn die Gewerbesteuer nur bei uns bleibt. Davon ist beim neuen Anlauf nicht mehr die Rede. Die Gewerbesteuer bleibt in Wolfenbüttel und man will sich in irgendeiner Weise einigen.

Wieder bestes Ackerland opfern?

Womit wir sehr große Probleme haben, ist, dass hier wieder bestes Ackerland, wie damals beim geplanten Gewerbegebiet in Stiddien auch, versiegelt werden soll. Deswegen war es damals auch gut, dass das Projekt gescheitert ist. Auch jetzt ist es wieder Ackerland. Ja, wir brauchen Flächen für Wohnungsbau, für Industrie, für alles Mögliche. Deswegen war seinerzeit schon auch mit Salzgitter überlegt worden, ob man nicht industrielle Brachflächen, die Salzgitter in Größenordnungen von hunderten Hektar hat, ob man die nicht in irgendeiner Weise aufarbeiten könnte. Das ist im Wesentlichen damals weggeschoben worden, in dem man gesagt hat, man habe in BS doch gar nichts davon.

Man scheute vor den Millionen zurück, um die Vergiftung der alten Industriebrachen zu beseitigen, bevor man das Gelände dann überhaupt benutzen kann. Aber: Man könnte es benutzen. Dieser Vorstoß wäre natürlich jetzt auch noch zu unternehmen.

Wenn wir interkommunale Flächen nutzbar machen wollen, die wir unbedingt brauchen, auch für anzusiedelnde Industrie, dann wäre es wirklich - und da kann ich wirklich nur an Herrn OB appellieren - nützlich, dann doch eventuell noch an Herrn Klingebiel heranzutreten. Der war damals recht positiv gestimmt, er sagte: „Ja, warum nicht, es ist ja da auch noch nichts gestorben.“ Vieles sei denkbar. Das ist jetzt über ein Jahr her. Nachzulesen ist das auch in der Zeitung, die Herr Bratmann immer hervorhebt: Nämlich in der BIBS-Zeitung, „Unser Braunschweig“.

Wir sollten da jetzt nicht die beleidigte Leberwurst spielen und sagen: ‚Naja, Sie haben uns damals den Stuhl vor die Tür gesetzt, dann reden wir mit denen nicht mehr und reden lieber mit Helmstedt, Wolfenbüttel und sonst wem‘. Also, man muss mit allen reden, das ist wichtig. Aber zu allererst müsste man überlegen, wie man Flächen, die wirklich anders nicht nutzbar sind, nutzbar macht. Die Sanierung diese Flächen können wir doch nicht unseren Enkeln hinterlassen. Das geht doch nicht.

... weiter von Seite 1

Stadt mauert Stillstand in Thune

sung, Konditionierung und sicheren Verpack-ung radioaktiver Abfälle in die sog. „Konrad-Container“ „zur späteren Einlagerung in Schacht Konrad“ (gemäß Bauantrag). In den darauf folgenden gerichtlichen Auseinandersetzungen der Stadt mit Eckert & Ziegler für den Standort Braunschweig/Thune herrscht seit Monaten eine Art Stillhalteabkommen betreffend der Bau/Erweiterungsanträge einerseits und der ordnungswidrigen Container-Lagerungen auf dem bestehenden Gelände in Thune andererseits. **Die Stadt antwortet nach Drucklegung verspätet und bestreitet, von der Zertifizierung gewusst zu haben.**

www.biss-braunschweig.de



10 Jahre ASSE-Konzerte

Gut besucht war das letzte ASSE-Konzert im historischen Ratssaal von Wolfenbüttel am 10.10.2019.

Die ASSE-Konzerte verstehen sich als musikalische Demonstrationen gegen Atomenergie. Die auf Spendenbasis zustande kommenden Einnahmen sind für atomkritische Projekte in der Region bestimmt.

Misstöne erzeugte der Braunschweiger Oberbürgermeister im Vorfeld:

Das letzte ASSE-Konzert 2019 sollte nämlich eigentlich in der Dornse des Braunschweiger Altstadt-Rathauses vor allem auch für die BISS stattfinden, wurde allerdings im Namen von OB Markurth abgelehnt. Als Begründung wurde mitgeteilt, dass politische Demonstrationen in der Dornse nicht gewünscht seien. Nur repräsentative Veranstaltungen seien zulässig.

Auf Nachfrage der BIBS-Fraktion hatte Markurth darauf unwissend reagiert; eine Rückmeldung oder Entschuldigung bei den beiden Veranstalter*innen, Frau Prof. Dr. Jäger und Frau Jürgens, blieb er jedoch schuldig.



Wasserstoff-Industrie auf Brachflächen

Wussten Sie, dass der Staat über 700 Mio. € Entschädigung zahlt, damit Windanlagen keinen Strom produzieren? Das berichtete der NDR Panorama3 am 10.9.2019. Warum wird dieser Strom nicht genutzt, um Wasserstoff industriell durch Hydrolyse herzustellen?

Der Impuls der BIBS zur Nutzung von Wasserstoff für neue Antriebstechnik mittels Brennstoffzelle fand fruchtbaren Boden. So wird eine Wasserstoff-Tankstelle an der Hamburger Str. in einigen Wochen eröffnen und die Stadt hat ein Dienstfahrzeug mit Brennstoffzelle bestellt, die TU ein weiteres Fahrzeug.

Vorreiter Stahlwerke

Bislang stoßen die Stahlwerke Salzgitter nach eigenen Angaben jährlich acht Millionen Tonnen Kohlendioxid aus. Künftig soll jedoch nicht mehr aus Steinkohle gewonnener Koks verwendet werden. Stattdessen soll Wasserstoff den Kohlenstoff ersetzen. Damit würde das klimaschädliche CO₂ vermieden.

Strom soll aus erneuerbaren Energien kommen

Um die neue Technologie umzusetzen, müssen neue Elektrolyseanlagen zur Wasserstoffproduktion, eine mehr als 100 Meter hohe sogenannte Direktreduktionsanlage und ein Elek-

trolichtbogenofen gebaut werden. Die Herstellung von Wasserstoff und der Betrieb der Anlagen soll dabei mittels erneuerbarer Energien erfolgen (NDR 27.4.2019). Niedersachsen hatte in Sachen Wasserstoff bereits Ende 2018 einen Vorstoß im Bundesrat, der Deutschen Länderkammer, unternommen.

„Raum Salzgitter hat Riesenchance“ BZ 17.9.2019

Die Bundesregierung hat unterdessen für Ende des Jahres eine Wasserstoff-Strategie angekündigt.

„Der Raum Salzgitter hat eine Riesenchance, gerade in der Frage der Anwendung von grünem Wasserstoff“, sagte niedersächsischer Umweltminister Olaf Lies der Braunschweiger Zeitung. Er verwies unter anderem auf das Projekt von Salzgitter Stahl für „grünen Stahl“. „Die Region Braunschweig-Wolfenbüttel-Salzgitter ist eine Zukunftsregion genau für dieses Thema“, so Lies. Auch Althuis sprach von „besten Voraussetzungen“ für die Region. Alstom baute in Salzgitter die weltweit ersten Wasserstoff-Brennstoffzellen-Züge.

Stahlwerke-SALCOS

Die Salzgitter AG verfolgt innerhalb des Konzeptes „Salzgitter Low CO₂ Steelmaking“ (SALCOS) einen Ansatz, mit dem bis zum Jahr 2050 mehr als 80 % der CO₂-Emissionen vermieden werden sollen. SALCOS beruht auf der schrittweisen Umstellung der klassischen Hochofenroute zu direkt

Aus den Bezirken



Tatjana Jenzen (stellv. Bezirksbürgermeisterin) und Olly Büttner, Bezirk Wabe/Schunter/Beberbach berichten und stellen Fragen:

● Seit gut einem Jahr gab es 2 Treffen des „Runden Tisches Waggum“. Ein weiteres Treffen wurde für September 2019 vereinbart, welches die SPD Fraktion allerdings laut Protokoll zeitnah für das 4. Quartal organisieren sollte. Wird es noch weitere Treffen geben?

● Im März hatten sich Herr Dr. Pantazis und der Aufsichtsratsvorsitzende des Flughafens, Herr Disterheft, bei

der Veranstaltung, „Pantazis vor Ort“ für eine Ost-Umfahrung ausgesprochen. Welche Aktivitäten gibt es hinsichtlich dieser Aussagen? Planung?

● Im Planungs-/Umwelt-Ausschuss September 2018 erklärte der damalige Flughafen-Geschäftsführer Gelfert, dass das Lärmgutachten im Januar 2019 veröffentlicht werden soll. Ist das Gutachten bereits fertiggestellt/abgestimmt und wann wird es öffentlich?

● 200.000 Bäume müssen laut Gutachten auf den Ausgleichsflächen erneuert gepflanzt werden, dies sollte im Herbst 2019 stattfinden. Gibt es hierzu einen konkreten Starttermin?

● Hat die Verwaltung bereits Kosten für eine Beleuchtung des Radweges zwischen Waggum und Bienrode ermittelt? (Haushalt)

● Ist die Verwaltung meinem Hinweis nachgegangen, auf der Kehrbeeke die querverlaufenden Schienen zu begutachten und gegebenenfalls Abhilfe für diese Gefahrenquelle zu schaffen?

● Bereits seit 7 Jahren fordert der

Bezirksrat Geschwindigkeitsdisplays für die Ortseinfahrten von Waggum. Selbst die Anschaffung durch bezirkliche Mittel scheiterte angeblich an den Folgekosten, die allerdings von Seiten der Verwaltung nicht konkret benannt werden können. Gibt es eine Turnusplanung wann und wo die 6 Displays der Stadt aufgestellt werden?

● Außer der aus meiner Sicht unbefriedigenden Sanierung der K 31 und der kürzlichen Schotterung zwischen Waggum und Bienrode gibt es seit Sperrung der Grasselerstraße keine verkehrliche Verbesserung für den Nordosten von Braunschweig.

● Die Ortsdurchfahrt Waggum's soll laut Gutachten und Verwaltung verbessert werden. Leider gibt es hierzu keine Planungen, die eine wirkliche Verbesserung erzielen würden. Da müssten schon Häuser weichen. Stattdessen plant die Verwaltung eine barrierefreie Bushaltestelle hinter einem Kurvenbereich. Welche Maßnahmen wurden identifiziert um die OD Waggum zu verbessern?

Schlangenlinien statt Straßenersatz



Respektloser Umgang mit der Nord-Bürgerschaft. Erst nach massivem Protest wurden zumindest einige Linien begradigt - aber wie steht es um die Ersatz-Verkehrsmaßnahmen für die vor 8 Jahren weggefräste Grasseler Straße?

Schuntersiedlung: Offener BIBS Bürgerstammtisch im Heinrich-Jasper-Haus

Viele Themen bewegen und beschäftigen den Stadtteil: Die Grundschule Schunteraue steht im Fokus. Aber auch andere Themen wie die Schließung Görge, Campusbahn, Nachbarschaftszentrum, Parkplätze etc. werden bei uns diskutiert.

Beim Bürgerstammtisch besteht die Möglichkeit, sich zu informieren, auszutauschen und große oder kleine Sorgen anzusprechen.

Termine sind (in der Regel) jeden

1. Dienstag im Monat um 18 Uhr im Heinrich-Jasper-Haus am Tostmannplatz (nachzulesen auch unter <https://www.schuntersiedlung-online.de/> und der <http://buergerinitiativen-braunschweig.de/index.php/de/termine>). Die nächsten Termine sind am 5.11. und am 3.12.2019

Sabine Bartsch, Mitglied im Stadtbezirksrat Schunteraue, stellv. Bezirksbürgermeisterin, Jörg Fischer, Mitglied im Aufsichtsrat der BBG



**Helmut Rösner
Heidberg Melverode**

Die Lebensqualität für mehr als 16000 Menschen im Stadtbezirk zu erhalten bzw. zu verbessern, ist

Nur noch zu 60 % decken die Einnahmen aus dem Flughafen die Ausgaben des Flug-Betriebes - Zuschussbedarf aus Haushaltsmitteln steigend, bis 2023 rd. 22 Mio. €, überwiegend zu zahlen aus Haushaltsmitteln der klemmen Städte Braunschweig und Wolfsburg; nur ein Fünftel steuert „freiwillig“ der VW-Konzern zu.

Klipp und klar stellen die Prüfer fest:

● der Flughafen solle dem Hauptnutzer Volkswagen als Werksflugplatz zugeordnet werden und nicht länger überdimensionaler Verkehrsflughafen beanspruchen; ansonsten würde das Defizit weiterhin steigen.

Aber nicht nur das ...

● es sei seit dem Ausbau der Landebahn ein „Vermögensverzehr“ eingetreten und eine drohende Insolvenz konnte im Jahre 2017 nur durch eine schnelle „Feuerwehr-Aktion“ mit der Stadt Braunschweig abgewandt werden.

„Dialog mit VW“

Auf wiederholte Nachfragen im Rat wurde ein „Dialog“ mit VW eingeräumt, „um ein einvernehmliches Lösungsszenario für die Flughafengesellschaft unter Einbeziehung des Hauptnutzers VW“ zu erarbeiten. Weitere Gespräche seien vorgesehen, so z.B. habe eines davon am 3. September 2018 stattgefunden.

• Weitere Abstimmungen „mit dem Aufsichtsrat, den Gesellschaftern sowie dem Hauptnutzer“ seien unab-

für mich als Vertreter der BIBS im Bezirksrat wesentliche Aufgabe einer erfolgreichen Kommunalpolitik vor Ort. Der Heidbergpark und der Südsee sind seit Jahrzehnten beliebte Naherholungsgebiete; hier ist darauf zu achten, dass für den Erhalt und die Ausgestaltung dieser Orte - insbesondere unter ökologischen Gesichtspunkten - ausreichend finanzielle Mittel seitens der Stadt bereitgestellt werden.

Auch aus diesem Grund beteilige ich mich an den seit Juli 2019 monatlich stattfindenden Bürgersprechstunden im Stadteilladen am Erfurtplatz, weil auf diese Weise Anliegen der Bürger einen direkten Eingang in die Politik nehmen können:

z.B. eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes für Jung und Alt, Erhalt der vorhandenen Grünflächen, keine weiteren Bodenversiegelungen, Ausbau des ÖPNV und die Gestaltung des geplanten Radschnellweges im Bereich Kennel/Spielmannsteich.

Ein Highlight des Jahres war das in diesem Jahr erstmals stattfindende, gut besuchte Sommerfest auf dem Erfurtplatz, an dem sich viele Initiativen und Institutionen beteiligten. Auch ein Stand des Bezirksrates auf dem jährlich stattfindenden Weihnachtsmarkt ist in diesem Jahr wieder in Planung, an dessen Ausgestaltung ich seit meiner Mitgliedschaft im Bezirksrat regelmäßig gern mitarbeite.

Flughafen – Fass ohne Boden

Gutachter: Rückstufung auf Regionalflugplatz



Foto: Klaus Knodt

Verdeckter Lobbyismus zugunsten VW

Ein Protokoll über Absprachen mit VW sollte niemals bekannt werden. Ein peinlicher Software-Fehler forderte zutage, wer beim Flughafen in Waggum das Sagen hat: Aufsichtsratsvorsitzender Disterheft* weist „noch einmal ausdrücklich auf die Vertraulichkeit des mit der VW-AG geführten Gesprächs hin“ - „Herr Geiger** hebt positiv hervor, dass es gelungen sei, hochrangige Vertreter der Volkswagen AG für dieses Gespräch zu gewinnen“.

Der Gesprächsprozess solle noch im ersten Halbjahr 2018 fortgesetzt werden ... (Aufsichtsrats-Protokoll vom 8. März 2018)

(*)(**) Die genannten Akteure repräsentieren in Braunschweig die SPD (Disterheft, der selbst auch noch VW-Mitarbeiter ist) und die CDU (Geiger, der als Finanz-Dezernent der Stadt auf kurzem Dienstweg Gelder für die finanziell immer klammer werdende Flughafengesellschaft locker machte).

VW ist zwar Hauptnutzer des Flughafens - aber immer mehr bezahlen sollen die Städte Braunschweig und Wolfsburg - ... diesem Credo gehorcht mehrheitlich die Ratspolitik in Braunschweig; und das entgegen der Ergebnisse einer seit zwei Jahren vorliegenden Betriebsprüfung.

Allerdings wächst in der Wolfsburger SPD das Unbehagen über die immer größer werdenden Defizite, wie am 3.5.2019 der Wolfsburger Teil der BZ berichtete: „Pikiert reagierte darauf Hans-Georg Bachmann. Er sei davon ausgegangen, dass das Ziel - wie vom Braunschweiger Rat gefordert - laute, den Zuschussbedarf bis 2024 auf Null zu senken, bemerkte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Wenn das auf einmal nicht mehr der Fall ist, werde ich doch ein bisschen unruhig.“

Seit zwei Jahren hält eine Handvoll Braunschweiger Ratsmitglieder die Prüf-Ergebnisse einer eigens durch die Stadt beauftragten Betriebsprüfung des Flughafens unter Verschluss. Die Zahlen der Unternehmens-Analyse sind ernüchternd:

dingbar, heißt es abschließend im zusammenfassenden Bericht der Stadt Braunschweig zum Gutachten der Prüfer von amd.sigma/BPG.

Show-down im Finanzausschuss am 6.5.2019

Vier Mitglieder des Aufsichtsrates sitzen auch im Finanzausschuss, es sind der Aufsichtsratsvorsitzende Matthias Disterheft (SPD), Herr Vollbrecht (CDU), Beate Gries (Grüne) sowie Finanz-Dezernent Geiger (CDU). Zwei von ihnen arbeiteten auch noch bei VW.

Auf Vorhaltungen seitens der BIBS, die Genannten würden auf Kosten der Stadt Lobbyismus für VW betreiben, konnten oder wollten die Angesprochenen nicht reagieren. Den Antrag der BIBS, die Unterlagen der Betriebsprüfung allen Ratsmitgliedern zugänglich zu machen, lehnten SPD, CDU und Grüne ab.

Dabei stimmten auch die drei Parteimitglieder mit ab, die durch ihre Funktion im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft oder als VW-Angestellte offensichtlich befangen waren.

Forderungen der BIBS:

Ratsbeschluss von 2016, die städtischen Zuschüsse auf Null herunterzufahren, einhalten; und kostendeckende Landegeühren verlangen! Mehr zu den Ergebnissen Betriebsprüfung des Flughafens Braunschweig/Wolfsburg finden sich unter http://www.bibs-fraktion.de/fileadmin/user_upload/2019_04_18_ub22.pdf

... weiter von Seite 1

Hände weg von Viewegs Garten

erlichen Zeremonie an der Südspitze drei Bäume gepflanzt. Sollen die jetzt wieder gefällt werden?

Im Bürger*innenbeteiligungsprozess ISEK war der Wunsch der Braunschweiger*innen nach Erhalt und Ausweitung unserer Parks einer der Spitzenreiter. Hier sieht man wieder einmal, dass diese Bürger*innenbeteiligung keinen Pfifferling wert ist, wenn die Verwaltung etwas durchsetzen will!

*Sabine Sambou und Edmund Schultz
Bürgerinitiative Baumschutz
Sabine Sambou und Edmund Schultz
Bürgerinitiative Baumschutz*

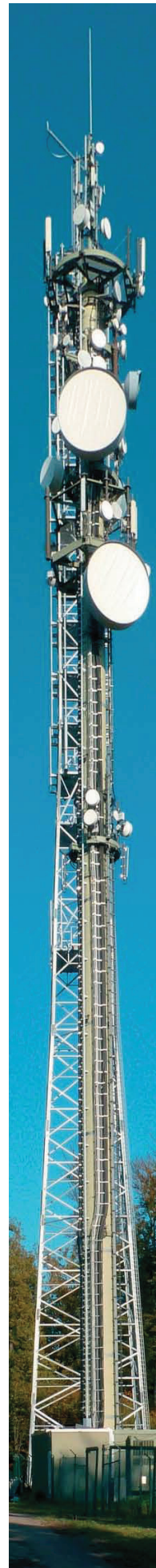


Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern. Spendenkonto: Bürgerinitiative

Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!
BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunschweig, Landesspark, 250 500 00
IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
VidSp: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS



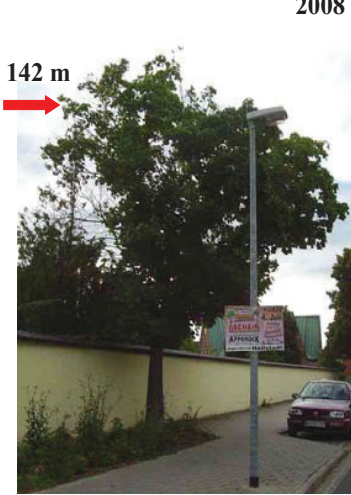



Wolfsburg und Braunschweig bilden eine von bundesweit sechs Modellregionen für 5G - laut BZ vom 26.6.2019. Für VW sind Zukunftstechniken wie das autonome Fahren immens wichtig – so der Konzern. Dabei werden Daten praktisch in Echtzeit verarbeitet. Es soll dabei um einen technologischen Vorsprung gehen, aber auch um hochwertige Arbeitsplätze. Die neuen Mobilfunkstandards sollen praxisnah entwickelt und erprobt werden - so heißt es - und werden dafür besonders vom Bund gefördert. 12 Millionen Euro (von insgesamt 44 Millionen) fließen dafür in unsere Region. Der Jubel war groß ... und wir fragen:

**Was bedeutet das?
Wie ist der jetzige Mobilfunkstandard 4G - und was verändert sich mit der 5. Generation, also 5G? Zur Grenzwertfestlegung.**

1998 wurde von einem privaten Verein mit dem Sitz in München, der ICNIRP (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection) der Grenzwert für Mobilfunk bestimmt. Gemessen wurde die thermische Wirkung der Funkwellen - orientiert an der Strahlenstärke, die einen toten Erwachsenen innerhalb von 30 min. um 1°C erwärmt.

Würden Sie radioaktive Strahlung mit einem Thermometer messen?

Krebswachstum wird begünstigt (besonders Hirntumore durch häufige Handybenutzung), lässt die roten Blutkörperchen verklumpen und kann so Infarkte und Thrombosen auslösen, führt zum Absterben männlicher Samenzellen, da die Handys häufig in den Hosentaschen landen und bilden besonders hohe Risiken für Kinder, die unter 20 Jahren bereits damit telefonieren. Das Risiko, einen Gehirntumor zu entwickeln, steigt dann um 500 % (so warnen schwedische Wissenschaftler) - ganz abgesehen von der Zunahme von ADHS und Hyperaktivität und sogar Epilepsie sowie Autismus durch Öffnung der Blut-Hirnschranke, wenn WLAN in den Klassenzimmern verwendet wird. (3)

2008	2015	2017	2018
			
27.06.08 Spitzahorn (von SO) Königshofstr./Friedhof	05.10.15 (von O) Messung in 6 m H links: 3.380 µW/m² rechts: 500 µW/m²	06.10.17 (von O)	31.03.18 (von O) Erneuter Rückschnitt

Seitdem beträgt der so ermittelte wichtigste Belastungsgrenzwert 10.000.000 µW / m² (10 Hoch 7) - und liegt damit um das Billionenfache über der natürlichen Strahlung.

Der damalige Vorsitzende des Gremiums, Prof. Dr. Jürgen Bernhardt, kommentierte: „- wenn man die Grenzwerte reduziert, dann macht man die Wirtschaft kaputt, dann wird der Standort Deutschland gefährdet“ (1) Prof. Volger / TH Aachen stufte allerdings bereits 2001 diese Festsetzung als Falschinformation ein: sie entspräche „rechtlich allen Merkmalen des Betrugs“ und schliesse fahrlässige bis absichtliche Gefährdung und Körperverletzung mit ein. (2)

Die thermischen Effekte sind irrelevant; es geht um die biologischen Effekte und irreparablen Schädigungen, deren Existenz heute als gesichert gilt - belegt durch vielfache Studien.

Mobilfunkstrahlung zerstört die Zellkerne - ähnlich wie bei Röntgen- und radioaktiver Strahlung - und zwar wie unter den sog. Grenzwerten.

Den Spitznamen Die *Unausgeschlafene Gesellschaft* haben wir bereits ...

Der französische Staat hat im September 2018 ein absolutes Handyverbot für Schüler*innen bis 15 Jahren an allen Schulen erlassen, in Paris wurden alle drahtlosen WLAN-Netze in den Bibliotheken abgeschaltet, da die Mitarbeiter Müdigkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, Ohrgeräusche und Übelkeit nach der Installation beklagten.

Der Bürgermeister von Haifa (Israel) verhängte ein WLAN-Verbot an allen Schulen, Kindergärten und öffentlichen Gebäuden. Bei älteren Menschen treten Krankheiten wie Alzheimer und Parkinson erst in Erscheinung, wenn 80 % der Gehirnzellen abgestorben sind ...

Amsel, Drossel, Fink und Star: früher waren sie alle da!

Die Schädigungen durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung betreffen ebenso Tiere und

Pflanzen. Der Rückgang der Vögel- und Bienenpopulationen ist um alarmierende 80 % zurückgegangen - ähnlich wie die Zahl der Insekten (s. Studien Dr. rer. nat. U. Warnke 2008) - und das nicht allein aufgrund des Einsatzes von Pflanzengiften wie Glyphosat, sondern wegen einer hohen Elektro- und Magnetosensibilität (4).

Ebenso belegen beispielhafte Baumstudien aus Hallstadt die Schäden an Bäumen durch Mobilfunkanlagen soweit sie im Strahlungsfeld gestanden haben, wie folgendes Beispiel aus einer Langzeitstudie belegt. Da Bäume nicht ausweichen können, beginnt eine Entlaubung aus der Richtung der Einstrahlung bis zum Absterben des Baumes. (C. Waldmann-Selsam: Langzeitstudie von 2008-2018) (5).

Wie verändern sich die Strahlungsfelder bei 5G - der 5. Generation Mobilfunk?

5G wird 100-mal schneller sein als der aktuelle LTE-Standard. Da durch die ersten 4 Generationen die Sendefrequenzen unterhalb von 2,6 Gigahertz ausgeschöpft sind, wollen die Betreiber Frequenzen bis 3,5

an Laternenmasten, Hausecken, Ortsschildern... Prof. Dr. Werner Thiede: „Der neue Mobilfunk-Standard wird eine völlig neue Strahlungsumgebung für Flora und Fauna schaffen. Die Strahlung wird intensiver und kurzweiliger, damit härter - sie ähnelt in ihrer Wellenform und Wirkung einer Strahlenwaffe“.

Ärzte und Wissenschaftler schlagen Alarm!

Umweltorganisationen aller Kontinente warnen in einem eindringlichen Appell STOPP VON 5G AUF DER ERDE UND IM WELTRAUM solange die gesundheitlichen Risiken nicht geklärt sind. (7) Mensch und Tier hängen ab von Pflanzen als Nahrungsquelle. Millimeterwellen können uns eine Nahrung beschern, die nicht mehr sicher für den Verzehr ist (so formuliert es Lloyd Burrell, US Experte für Mobilfunkstrahlung). (8)

Es ist skandalös, dass wir durch die Festsetzung von sog. Grenzwerten getäuscht werden und die zuständigen Behörden die Gefahren wissentlich verschweigen.

Das Ausmaß der Schädigungen von Menschen, Tieren und Pflanzen ist bereits jetzt durch die Mobilfunkantennen, schnurlosen Telefone, WLAN und Mobiltelefone gravierend - mit der Einführung der 5G Technologie werden unsere Existenzgrundlagen weiter zerstört. Unsere natürliche Umwelt wird in einem Meer künstlicher elektromagnetischer Felder ertränkt.

Klimaschutz ade!

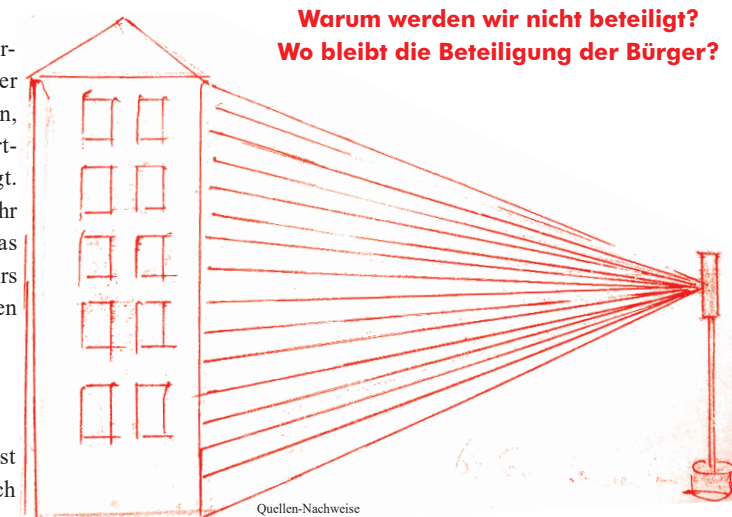
Mittlerweile sind die vernetzten Geräte für ca. 3 % des globalen Energieverbrauchs zuständig - mit steigender Tendenz, da ständig neue Nutzungsmöglichkeiten dazukommen.

In der Rechnung sind Herstellungskosten sowie der Verbrauch von Netzwerken, Rechnern, Tablets, Smartphones etc. berücksichtigt. Damit gehen schon jetzt mehr CO₂ Emissionen auf das Konto des digitalen Verkehrs als auf den internationalen Flugverkehr. (9)

Datenschutz und Demokratie ade!

Das Internet der Dinge ist weder mit Klimaschutz noch mit Demokratie vereinbar.

Unter dem Deckmantel der Behauptung, Überwachungskameras mit entsprechender Erkennungssoftware, Mikrofonen etc. dienen der Sicherheit, werden Datenschutz und Privatsphäre geopfert. Das Ziel: Digitale Überwachungsmöglichkeiten von jedem und überall, da Mikrofunkchips in alle Dinge eingebaut und miteinander vernetzt werden können. Auch funkende Haushaltsgeräte tragen dazu bei! Mit jedem neu errichteten Mast wächst der Protest gegen das superschnelle Netz - auch in deutschen Städten.



Forderungen

- Wir brauchen nur ein Mobilfunknetz für alle Betreiber und Nutzer (- wie beim Straßenbau, Strom oder Gas)
- Wir fordern die Glasfaserversorgung als Grundlage einer strahlungsarmen Funkversorgung
- Wir fordern ein Ende des Ressourcenverbrauchs und der Energieverschwendung
- Wir fordern den Unschädlichkeitsbeweis von 5G durch den Staat und die Industrie
- Wir fordern Transparenz bei der Installation neuer Sender: mit welchem Wirkungsgrad / wann und wo?

Jede Stadt - auch Braunschweig - hat die Pflicht, über den Netzausbau ein Gutachten zum ökologischen Fußabdruck vorzulegen.

Die Technologie ist solange abzulehnen, bis unschädliche Alternativen gefunden sind.

Niemand möchte mehr Politiker wählen, die aufgrund falscher Aussagen wie z.B. Mobilfunk sei harmlos, unsere Lebensgrundlagen eliminieren.

Céline Fremault, in der Regionalregierung der Stadt Brüssel zuständig für Ökologie und Lebensqualität) formulierte es so:

„...Undenkbar ist die Einführung dieser Technologie zu erlauben, wenn ich die Einhaltung der Normen zum Schutz der Bürger nicht sicherstellen kann. Die Brüsseler sind keine Labormäuse, deren Gesundheit ich mit Gewinn verkaufen kann...“

Frage an die Stadt Braunschweig:

**Warum werden wir nicht beteiligt?
Wo bleibt die Beteiligung der Bürger?**

Quellen-Nachweise
(1) www.buergernetz.de/doc/aktuell/maes-re-mobilfunk.htm <http://www.buergernetz.de/doc/aktuell/maes-re-mobilfunk.htm>
(2) www.mobilfunk-buergerforum.de/presse/ <http://www.mobilfunk-buergerforum.de/presse/> Mobilfunk-Grenzwerte 2008.Dr.Bergmannpdf
(3) Mobilfunk und Autismus/ Diagnose Funk 16.11.2007
(4) Bienen, Vögel und Menschen / Die Zerstörung der Natur durch Elektromagnetismus / Dr. U. Warnke, Schriftenreihe der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch u. Tier 2008 Kempfen / S.12 ff
(5) Dr. C. Waldmann-Selsam / H. Breunig: Bäume in Hallstadt 2008-2018 / Studie Nr. 14, S.26
(6) Mobilfunk, die verschwiegenen Gefahr / Herausg. Klaus Weber / Klagemauer TV / S.28-29
(7) s.o. / S.30
(8) www.zeitschrift.com/ <http://www.zeitschrift.com/> artikel5g-mobilfunk-globaler-mikrowellenherd-ohne-entinnen
(9) Wolfsburger Allgemeine Zeitung 21.3.2019 / Art. Energieverbrauch: Ist das Internet ein Klimakiller?



Mika und Edward bastelten Insektenhotels und sammelten auf dem Kohlmarkt für Greenpeace 76 €

Braunschweig braucht alternativen Klimahaushalt

Die Verwaltung hat am 20.09.19 ihren Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2020 vorgelegt.

Die BIBS-Fraktion hatte bereits Mitte Juli damit begonnen, für die nun beginnenden Haushaltsberatungen einen alternativen Klimahaushalt zu erarbeiten. Bürger*innen, Vereine und Organisationen waren aufgerufen, sich bei Erstellung des alternativen Haushaltsentwurfs zu beteiligen. Von diversen Organisationen, Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen kam ein breiter Strauß von Vorschlägen und Anliegen.

Diese Forderungen wurden zusammengefasst unter dem Gesichtspunkt: Was hat Braunschweig zu viel, was zu wenig? Im Bereich ‚Verkehr‘ gibt es in Braunschweig beispielsweise

zu viele Autos, zu wenig öffentlichen Nahverkehr, zu wenig Bäume und zu viele versiegelte Flächen. In der Sparte ‚Wohnen und Infrastruktur‘ gab es in der Vergangenheit zu viele Sünden mit der öffentlichen Daseinsvorsorge, und bis heute gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum.

Alle Bereiche folgen dem obersten Postulat der Klima-Neutralität. Daraus abgeleitet werden können Umstrukturierungen der Finanzmittel. Den zusätzlichen Ausgaben werden selbstverständlich Vorschläge für Kostenreduzierungen gegenübergestellt. Die so abgefragten und zusammengefassten Impulse werden von der BIBS-Fraktion eins zu eins in den Haushaltsberatungen beantragt. Mehr bei www.bibs-fraktion.de



Die Sommerpause ist vorbei und der Arbeitskreis lädt wieder ein:

- zu Kaffee und Kuchen, nettem Beisammensein... im Gemeindezentrum der Dankeskirche, Tostmannplatz 8, 38108 Braunschweig
 - am Sonntag, 17.11.2019
 - am Sonntag, 19.01.2010 jeweils von 15-17 Uhr

Außerdem unterstützen wir auch andere Aktivitäten im Stadtteil:

- Laternenumzug
 - am 15.11.2019
 - um 17 Uhr Gottesdienst
 - ab 17.30 Uhr Laternenumzug
- Weihnachtsmarkt auf dem Tostmannplatz
 - am 14. und 15.12.2019
 - mit Suppenküche vom AK Schunter-Siedlung

- **Übrigens: 2020 wird der Arbeitskreis 10 Jahre alt**
- Wir treffen uns regelmäßig: Jede/r kann mitarbeiten, diskutieren, Ideen entwickeln, Probleme besprechen und natürlich auch Kritik äußern

Aktiv für die Tiere

Laut FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, sind 14,5 % der durch den Menschen verursachten Treibhausgasemissionen auf die Nutztierhaltung zurückzuführen. Das ist sogar noch mehr als auf den gesamten weltweiten Verkehrssektor entfällt.

In den letzten 50 Jahren war die Nutztierhaltung zudem für mehr als 90 % der Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes verantwortlich.

Die Zeit ist reif für einen Wandel.

10. November, 13:30 Uhr - 16:00 Uhr: Infostand der Ariwa-Ortsgruppe Braunschweig am Ringerbrunnen
10. November, 14:00 Uhr - 15:30 Uhr: Vegan-Demo auf der Mummegenussmeile in der Schuhstraße.
Wir freuen uns auf Eure Teilnahme! Viele Tierfreund*innen kommen im Tierkostüm.

KONTAKT: braunschweig@ariwa.org, <https://www.facebook.com/ariwa.braunschweig> WEITERE INFOS: <https://www.ariwa.org/>

ÖPNV über Land drängt zu Autofahrten

Verbesserungen für klimafreundliche Alternativen erforderlich

„Umdenken, Umsteigen,“ ist leicht gesagt, aber schlechte Taktzeiten und Verbindungen sowie hohe Fahrpreise des profitorientierten ÖPNV machen ihn besonders über Land unattraktiv. Tägliche kilometerlange Staus auf den Einfallstraßen der Städte sind die Folge. Viele Orte der Region sind vom ÖPNV abgehängt oder so schlecht angebunden, dass es ohne Auto kaum geht. Für den Unterhalt einer Familie sind oft sogar zwei Autos erforderlich. Nicht selten sparen sich Geringverdienner ihr Auto vom Munde ab, um damit zur Arbeit zu gelangen. Viele Bahnhöfe der Kleinstädte sind so schlecht angebunden, dass Schichtarbeiter ohne Auto die Bahn nicht nutzen können. Für ungenügende Anbindungen des ÖPNV an Gewerbegebiete gilt das auch. Auf dem Land ist es kaum noch möglich, ohne Auto einzukaufen oder Behörden- und Arztbesuche wahrzunehmen.

Beförderungsqualität, die den ÖPNV konkurrenzfähig macht.

Soll im Autoland Deutschland der Pkw unverzichtbar bleiben? Einzelfahrten in den nahegelegenen Nachbarort (Preisstufe 2) für 4,10 € pro Richtung, - nur eine Notoption?

Wer die 18 km Fahrstrecke nach Braunschweig für 1,50 € Spritpreis bekommt, wird sich reichlich überlegen, den Bus für 5,60 € (PS 3) pro Richtung zu nutzen. Schüler, die über Jahre unfreiwillig den ÖPNV nutzen mussten, sind froh, wenn diese Torturen ein Ende haben. Oft sind die Busse dermaßen überfüllt, dass die Fahrt zur Zumutung wird. Nicht selten sind die Sitzplätze so belegt, dass sehr lange Fahrten dichtgedrängt stehend hingenommen werden müssen. Eine Ablehnung des ÖPNV ist nach solchen Erfahrungen vorprogrammiert. Da die Schüler dafür oft auch noch 52,90 € (PS 1), 62,90 € (PS 2), oder gar 83,80 € (PS3) zahlen müssen, ist die Vorliebe für Mopeds oder Autos für den Schul-



Mittlerweile sorgen schon Bürgermeister für Fahrdienste, damit Personen ohne Verkehrsanbindung diese Wege überhaupt wahrnehmen können. In vielen Orten haben Bushaltestellen zu Einkaufsmöglichkeiten und Behörden dermaßen große Abstände, dass es besonders für Rentner und Behinderte noch einen langen Fußweg bedeutet. Es geht an den Erfordernissen gerade derer vorbei, die auf den ÖPNV angewiesen sind. In Kleinstädten mangelt es regelmäßig an akzeptablen innerstädtischen Verbindungen, um aufs Auto verzichten zu können. Solange die Bürger mit eigenen Fahrzeugen zu den Anschlussmöglichkeiten hinfahren müssen, hat der ÖPNV sein Ziel verfehlt. Eine nur an Wirtschaftlichkeit orientierte Planung bewirkt eher die Straffung der Fahrpläne, als eine Verbesserung der

weg nachvollziehbar. Der Schülerfahrpreis von 15,00 € in Braunschweig ist beispielhaft für akzeptable Fahrpreigestaltungen für die gesamte Region. Der gleiche Preis für den ÖPNV für Arbeitslose mit Braunschweig-Pass ist ebenfalls vorbildlich.

Das nur an den Kosten orientierte Privatisierungs- und Ausschreibungssystem sorgt zusätzlich für Billiganbieter. Unzumutbare Busse mit Löchern in den Haltestangen, lose Sitze, Chaos durch falsche Beschriftung der Linienangaben, was schon zu Irrfahrten führte und mehr sind das Ergebnis.

Auch solche Gründe tragen zur Meidung des ÖPNV bei. Denn ein für alle nutzbarer Nahverkehr wäre wertvoller, als eine Mogelpackung „Klimapaket“.

Thorsten Bock



Das Dilemma: Industrieflächen oder Landwirtschaft

von Uwe Meier

In Braunschweig fehlen größere und geeignete Flächen, um Industrie anzusiedeln. Es ist in den letzten Jahrzehnten üblich gewesen, Ackerböden in Industrieflächen umzuwidmen. Die dreigliedrige Fruchtfolge hieß zynisch abgewandelt, aber treffend: „Ackerland - Bauerwartungsland – Bauland“. Damit ließ sich Geld machen. Allen war gedient: den Bauern, der Kommune, dem Gewerbebetrieb und den Arbeitsplätzen. Wirklich allen?

Wir haben zu lernen

Nein, nicht allen ist gedient, und das wissen wir auch alle. Nicht gedient ist unseren Enkeln oder den vielfältigen Lebensgrundlagen des Menschen: der Nahrungsmittelvorsorge, dem Klimaschutz, der Lebensvielfalt (Biodiversität) und den Wasserspeichern.

Als ich vor drei Jahren Ureinwohnern in der Sierra Nevada de Santa Marta in Kolumbien Roh-Kakao für den Schokoladen Braunschweig-Löwen abkaufen wollte, fragte mich das geistige Oberhaupt, der Mamo: „Und was bekommen wir für „Mutter Erde“ zurück, wenn du unseren Kakao in

Deutschland verbrauchst?“ Eine beeindruckende Frage! Es war die Frage nach der Enkeltauglichkeit unserer kapitalistischen Produktionsweise.

Was gibt die Stadt Braunschweig dem Klimahaushalt, der Lebensvielfalt, der Wasserversorgung und der zukünftigen Nahrungsmittelversorgung zurück, wenn sie den „Mutter“-boden abschleibt lässt für eine Industrieanlage? Das ist nicht zu reparieren - nie wieder. Für immer verloren. Da nützen auch keine Ausgleichsflächen.

Der Vernichtungsfeldzug

Unser derzeitiger Umgang mit den kostbaren Böden ist ein Vernichtungsfeldzug. Wir baggern ihn weg, planieren und versiegeln betonieren und asphaltieren ihn zu. Täglich gehen in Deutschland, trotz allen Wissens, sechzig Hektar „Mutter“-boden verloren. Das sind knapp 150 Fußballfelder. Eigentlich wollte die Bundesregierung den Flächenfraß bis 2020 auf täglich dreißig Hektar begrenzen. Diese selbstgesetzte Vorgabe ist eines der vielen nicht erreichten Umweltziele. Und selbst wenn das ursprüngliche

Ziel erreicht würde, wären das immer noch täglich 74 Fußballfelder zu viel. Doch selbst da, wo kein Quadratmeter Fläche überbaut wird, geht fruchtbarer Boden verloren. Denn die sogenannte moderne Landwirtschaft ist in ihrer industrialisierten Form an dem Vernichtungsfeldzug gegen das Leben beteiligt; auch sie sorgt dafür, die fragile Schicht fruchtbarer Bodens zu verarmen und abzutragen. Einer Schicht von der die Pflanzen und alle Landtiere leben – und also auch wir.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit sind wir derart flächendeckend weltweit gegen unsere eigenen Lebensgrundlagen – im Wortsinn – „zu Felde“ gezogen. Tatsächlich ziehen wir uns selbst den Boden unter den Füßen weg.

„Die Erde unter unseren Füßen ist eines der wertvollsten Vermögen der Menschheit“, betonte die Geschäftsführerin des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Inger Andersen in ihrer Videobotschaft bei der Vorstellung des jüngsten Sonderberichts des Weltklimarats.

Wenn aber die flache Schicht frucht-

baren Bodens erst einmal fort ist, gelingt es uns kaum mehr, das Land wieder urbar zu machen. Die natürlichen Prozesse der Bodenbildung laufen in zeitlichen Dimensionen ab, mit denen wir Menschen nichts zu tun haben. Denn die oberste Schicht der Erde, auf der und von der wir leben, hat Millionen Jahre des Aufbaus gebraucht, ist aber doch nur eine Winzigkeit, die schnell wieder verloren sein kann.

Humus für den Klimaschutz

In einem einzigen Kubikmeter „Mutter“-boden leben mehr Organismen als es Menschen auf der Erde gibt. Wir könnten die Bodenorganismen sogar nutzen, um unseren größten Umweltfrevler zu reparieren: den Klimawandel.

Bei ihrer vielfältigen Zersetzungsarbeit von organischem Material entstehen Nährstoffe und Humus: Bei der Humusbildung lagern die Bodenorganismen auch Kohlenstoff im Boden ein. Das ist gut für den Klimaschutz!

Würden wir nun auf allen landwirtschaftlich genutzten Böden dieser Erde in jedem Jahr auch nur vier Promille mehr Humus wachsen lassen, dann wäre der gesamte jährliche Kohlendioxid-Ausstoß der Menschheit im Boden gespeichert. Bei der Klimakonferenz in Paris, bei der sich die Staaten endlich auf ein Klimaabkommen einigen konnten, hat Gastgeber Frankreich genau das vorgeschlagen: eine weltweite 4-Promille-Initiative.

Das ist einer der vielen guten Gründe für die unbedingt nötige Humuswende: Die Landwirtschaft könnte vom Klimazerstörer zum Klimaretter werden. Welch grandioser Imagegewinn, der vom Braunschweiger Thünen-Institut



gestützt wird. Die landwirtschaftlich genutzten Böden speichern im Mittel 128 Tonnen organischen Kohlenstoff pro Hektar. Im Waldboden sind das im Durchschnitt nur einhundert Tonnen.

Woher Industrieflächen?

Wir befinden uns in einer ausgeprägten Dilemmasituation, die unserem Wirtschaften geschuldet ist. Einem Wirtschaften, das Nachhaltigkeit am Profit orientiert und die Kosten auf die Zukunft verschiebt. Das Ende der Fahnenstange ist nun erreicht.

Eine regionale Wirtschaftspolitik könnte kurzfristig Abhilfe schaffen. Sofern möglich, sind Industriebrachen, auch in der Region, gemeinsam zu nutzen. Auch Ruderalflächen wären in Ausnahmefällen und unter Bedingungen nutzbar, obwohl auch diese einen hohen ökologischen Wert haben können.

Die Stadt sollte über den Städtetag politisch einwirken, um grundlegende, zukunftsweisende Regelungen zu erwirken.

Proteste gegen AfD-Bundesparteitag

... weiter von Seite 1

Volkswagenhalle kündigen

Für das operative Geschäft ist demnach ausschließlich der Geschäftsführer der GmbH zuständig und nicht das Rathaus.

Zur Klarstellung: Parteirechtliche Gleichbehandlung, wie vom Ratshaussprecher, Herrn Keunecke, vorgebracht, kennt das Privatrecht nicht. Es war ja seinerzeit gerade der Zweck der Verlagerung einstmals öffentlicher Belange in das Privatrecht, nicht den engen Fesseln des öffentlichen Rechts z. B. beim Vermietungsgeschäft zu unterliegen.

Eine Stornierung des Mietvertrages ist daher möglich und sowieso aus besonderem Grunde, wenn die besondere Sicherheitslage oder das Ansehen der Stadtgesellschaft auf dem Spiel steht. Niemandem würde dadurch Recht genommen. Ganz normal, wie im Zivilrecht vorgesehen, stünde der AfD der Rechtsweg offen, ihrerseits z. B. auf Vertragserfüllung zu klagen.

Der Aufsichtsrat kann dazu den Geschäftsführer gemäß seiner Befugnisse laut Handelsgesetzbuch beraten und für die jetzt nötigen Schritte Rückendeckung geben. Einem geregelten Abstand vom Mietvertrag, einige Wochen vor dem Bundesparteitag, stünde so nichts mehr im Wege.

Die Petition zum AfD-Parteitag in der Volkswagen-Halle am 30.11./1.12.2019 ist bei über 23.000 angekommen.

David Janzen, Sprecher des Bündnis gegen Rechts: „Wir wollen, dass kein AfD-Mitglied in die Halle gehen kann, ohne dass er oder sie durch lauten und sichtbaren Protest begleitet wird. Wir werden deutlich machen: Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus sind hier nicht erwünscht!“ Man erwarte einen breiten, gesellschaftlichen Protest, gemeinsam mit Gewerkschaften, Parteien, Wohlfahrtsverbänden und antirassistischen und antifaschistischen Initiativen, gemeinsam mit Organisationen und Personen aus dem kulturellen und sozialen Bereich, aus dem Sport, den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften.

„Schon jetzt gibt es innerhalb und außerhalb des Bündnis viele Menschen, die neben den geplanten Versammlungen Ideen entwickeln, wie am Tag selbst aber auch schon im Vorfeld deutlich gemacht werden kann, dass wir im Gegensatz zur AfD für eine tolerante, solidarische und vielfältige Gesellschaft eintreten“, so David Janzen.

Auch Landesbischof Meyns will demonstrieren

Auch Landesbischof Christoph Meyns zeigt sich besorgt über die Entwicklung der AfD. Führende Vertreter der AfD hätten sich zunehmend in einer Weise geäußert, „die von völkischem Denken, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geprägt ist“, heißt es in einer aktuellen Erklärung.

Der Landesbischof lädt vor diesem Hintergrund am Samstag, 30. November, um 12 Uhr zur Mittagsandacht in den Braunschweiger Dom ein. Außerdem kündigt er an, am selben Tag an der Abschlusskundgebung des Bündnis gegen Rechts teilzunehmen.

Klaus Marwede



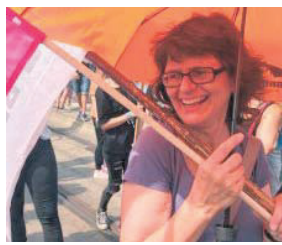
#wirsindmehr
Solange Leute wie Herr Markurth ihre Möglichkeiten gegen den Faschismus nicht ausnutzen, werden wir Bürger kaum eine Chance haben. Der Staat und das Volk müssen sich gemeinsam aufstellen. Sonst geht das schief wie 1933 ...

Anne-Marie L.

Ich bin Jg. 1936 und habe noch selbst den Untergang des sog. 3. Reiches miterlebt. So etwas darf sich nicht wiederholen.

Wir Braunschweiger schämen uns vor dieser „Veranstaltung“!!!

Sabine S.



Nazis und Rassist*innen keinen Raum geben! Keinen Fuß breit!

Menschen „ausmisten“?

Zeigen wir den Menschenfeinden und Rassisten die Rote Karte!

Nach Halle häufen sich die Bekundungen von offizieller Seite, jetzt aber vor allem auch gegen die Brandstifter vorgehen zu wollen; da wird die braunschweiger Situation mit den an die AfD vermieteten städtischen Räume immer unerträglicher; zusätzlich hat man übrigens der AfD auch noch den Bühnenaufbau in der VW-Halle zugesagt!

Braunschweig baut den AfD-Leuten um den erklärten Faschisten Höcke auch noch die Bühne?

„Nie wieder!“ sagte Seehofer im Fernseh-Interview und forderte klare Kante gegen die geistigen Brandstifter, das sei jetzt der „Lackmустest“ für die Glaubwürdigkeit der Politik und des Staates ... „Wir sind jetzt hellwach“, führte er weiter aus und schließlich: „Der Worte sind genug gewechselt“, nun müsse gehandelt werden.

Auch die Präsidentin des Zentralrats der Juden, Frau Knobloch, stellte darüber hinaus bereits fest:

„Die AfD hat diesen Hass befeuert.“

Gericht bestätigt: Höcke darf als

Faschist ezeichnet werden.

Die FAZ schreibt dazu: „Umfassend hatten die Antragsteller dem Gericht gegenüber dargelegt, dass Höcke wiederholt in rassistischer Diktion gegen den angeblich „bevorstehenden Volkstod durch Bevölkerungsaustausch“ wettete. Andersdenkende – „brandige Glieder“ – wolle er aus Deutschland ausschließen.“

Das zeige sich etwa in Höckes Formulierungen, dass ein „Zuchtmeister“ mit „fester Hand“ den Saustall ausmisten solle.

Das Verwaltungsgericht Meiningen kam letztlich zu dem Entschluss, dass die Bezeichnung Höckes als Faschist „auf einer überprüfbar Tatsachengrundlage“ beruhe.“

(<https://www.faz.net/.../thueringens-afd-chef-bjoern...> Thüringens AfD-Chef: Höcke darf „Faschist“ genannt werden.)

Markus Frohnmeier: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“

(Markus Frohnmaier, MdB)

Noch Fragen?



Profitierte Familie Borek von Arisierung jüdischem Eigentums?

Für seinen Vorschlag, Richard Borek zum Ehrenbürger der Stadt zu machen, hat Oberbürgermeister Markurth noch kurz vor der Abstimmung im Rat tief in die Trickkiste gegriffen. Auf die Vorhaltung der Verherrlichung von Nazi-Motiven durch den Briefmarkenhändler Richard Borek war er vorbereitet.

Redakteur Noske schreibt am 26.6.2019 in der BZ: „*daraufhin intervenierte Oberbürgermeister Ulrich Markurth und eilte noch einmal zum Mikrophon: „Ich hatte gehofft, dass Sie uns das ersparen würden“.* Vater und Großvater Borek, so Markurth, hätten unter den Nationalsozialisten im Gefängnis gesessen, die Boreks seien mit der jüdischen Familie Meyersfeld befreundet gewesen. Wörtlich führte der Oberbürgermeister aus: „... *Die Familie Boreks hat – auch der Vater von Richard und der Großvater mütterlicherseits – haben bei den Nazis im Gefängnis gesessen. Und die Familie war eng befreundet mit einer bekannten jüdischen Familie, nämlich den Meyersfelds, eine bürgerliche Kaufmannsfamilie, die es viele gab, in Braunschweig ...*“ (Redebeitrag von Markurth im Rat vom 25.6.2019)

Oberborek für Borek?

Sollte den Kritikern der Wind aus den Segeln genommen werden, die Herrn Borek die Verherrlichung von Nazi-Motiven im Briefmarken-Handel vorwerfen? Die Redaktion von „Unser-Braunschweig“ erbat in einer Presseanfrage an den Oberbürgermeister die Quellenangabe für die Information. Die Pressestelle des Rathauses antwortete, diese Information sei dem Oberbürgermeister „bekannt“ gewesen - ohne weitere Quellenangabe - und wörtlich: „Im Übrigen bitten wir,

zu Fragen der Familiengeschichte die Familie Borek selbst zu befragen.“ (Antwort des Rathauses vom 8.Juli 2019) Heißt das, Richard Borek selbst oder ein Mitglied seiner Familie sind die Quelle? Waren sie es, die den Oberbürgermeister über eine Nazi-Verfolgtheit der Väter im Vorfeld der Ratssitzung informiert haben? Die Redaktion von U. B. fragte auch bei Borek nach, bekam aber auf die Fragen keine Antwort.

Arisierung des Komplexes Schützenstraße 37/Stephanstraße

Nun trägt aber die Opferrolle für die vorgeborene Familie wohl kaum, denn, die Boreks profitierten bei der Arisierung jüdischen Eigentums. Richard Borek (der Vater) erwarb 1939 das Grundstück Schützenstr. 37/Stephanstraße von dem alteingesessenen jüdischen Fabrikanten Hermann Saloschin aufgrund der Arisierungsanordnungen der Nazis aus dem Jahre 1938.



Die Redaktion hat auch dazu bei der Familie Borek bzw. der Borek-Stiftung nachgefragt: „Wie verträgt sich die *angedeutete Opferrolle der Väter Richard Boreks zur Nazizeit mit dem Erwerb jüdischen Immobilienvermögens Schützenstraße37/Stephanstr. im Rahmen der Arisierung jüdischer Vermögen?*“ Darauf gab es keine Antwort weder

vom Oberbürgermeister, noch aus dem Hause Borek.

Erwerb des Komplexes Schützenstr./Stephanstr. - Was wurde bezahlt?

Andere Quellen sind etwas ergiebiger, so die von Reinhard Bein „Lebensgeschichten Braunschweiger Juden“ (2016). Reinhard Bein führt dazu aus, dass die Borek-Druckerei ab 1935 Mieterin im Hause Schützenstr. gewesen sei. „Die endgültige Übernahme des Hauses geschah dann am 8.2.1939“. Der Kaufpreis war auf 150.000 Reichsmark festgesetzt worden, wobei der größte Teil aus zu übernehmende Hypotheken (121.050 RM) des Bankhauses Meyersfeld bestand und ein Restgeld in Höhe von 28.949,70 RM, wofür eine Sicherungs-Hypothek in abzuhaltenden Raten an Hermann Saloschin eingetragen wurde.



Hermann Saloschin

Zur Auszahlung an die Familie Saloschin kam es aber nicht mehr, weil jüdischen Eigentümern bereits seit 1938 per Arisierungsgesetz die Einnahmen aus Häusern und Vermögen entzogen worden waren. Wegen der illegalen Verkaufsform musste Borek 4.500 RM Strafe bezahlen (Bein, S.264 a.a.O.). „So verlor Saloschin Zug um Zug sein Haus in der Schützenstraße, ohne noch einen Nutzen davon zu haben.“ Der 74-jährige Hermann Saloschin entzog sich Ende 1944 der Deportation in ein

Vernichtungslager durch Selbstmord. Die Nachkommen wanderten rechtzeitig in die USA aus.

Hermann Saloschin (Jahrgang 1870) blieb mit den unter den Nazis zerbröselnden Resten des einst stattlichen Vermögens in Braunschweig zurück bis zu seinem „Freitod“. Nach dem Kriege wurden seitens der Erben von Hermann Saloschin Ansprüche gegen Borek wegen des Erwerbes unter Wert erhoben, und es kam im Jahre 1950 zu einem Wertausgleich von 15.000 DM „... wegen aus dem Grundstück gezogener Nutzungen in der Zeit, als das Grundstück noch nicht voll abbezahlt, also noch nicht Eigentum Boreks gewesen war.“ (Bein, S. 264 a.a.O.)

Einige Fragen bleiben, so z. B., was aus den auf das Grundstück Schützenstr. 37 eingetragenen Hypotheken des jüdischen Bankhauses Meyersfeld nach 1945 geworden ist, oder aus der Sicherungshypothek für den Voreigentümer Hermann Saloschin.

Die stattliche Immobilie selbst überstand die Bombennächte nahezu unbeschadet. ros



Das Anwesen der Kaufmannsfamilie Saloschin reichte bis zum Kohlmarkt/Ecke Poststraße, wo in den zwanziger Jahren ein frühes Kino („Ton-Bild-Theater“) betrieben wurde.

Bankhaus Meyersfeld war selbst Opfer der Arisierung

Unter dem Vorwurf, die Hakenkreuzfahne sei am repräsentativ gegenüber dem Hauptbahnhof gelegenen Gebäude nicht herausgehängt worden, erzwangen die Nazis im Jahre 1933 den Verkauf des Anwesens Meyersfeld an die Firma Buchler.

Das Bankhaus fungierte seit 1912 als Kreditgeber für den Erwerb und Umbau des Komplexes Kohlmarkt 16/Schützenstr.37 durch Hermann Saloschin. Was passierte mit den Hypotheken Meyersfelds auf dem Schützenstr.-Komplex?



Bankhaus Meyersfeld am Kalenwall / Ecke Friedrich-Wilhelm-Platz

Faltblatt der BIBS zur Verherrlichung völkischer Motive des Briefmarkenhändlers Richard Borek – Anzeige – (erhältlich am Infostand der BIBS, samstags auf dem Kohlmarkt)



Eine der bewegtesten Briefmarken aller Zeiten

Deutsche Kultur aus schicksalhafter Zeit Boreks Werbung und der Nationalsozialismus

Richard Borek, der mit seiner gleichnamigen Stiftung maßgeblichen Einfluss auf die Stadtgestaltung und das Geschichtsbild Braunschweigs nimmt, scheint vor allem von den Jahren 1933-1945 besessen zu sein. Immer wieder mahnt er, dass diese *schicksalhafte Zeit* nicht vergessen werden darf. Der Autor, der den folgenden Beitrag im Sommer 2014 geschrieben hat, ist ein historisch versierter Kenner der Briefmarkenszene. Er sieht viele Hinweise darauf, dass Boreks Mahnung in einem ganz anderen Sinne gemeint sein könnte als es heute üblich ist. Entscheidend ist nicht, dass Borek Nazi-Marken verkauft, sondern mit welchen Worten er für sie wirbt. Um zu demonstrieren, was es bedeuten würde, Boreks Werbetexte wörtlich zu nehmen, hat der Autor seinen Beitrag in einer Form eingeleitet, in der er als fiktiver Betrachter darüber in einen Dialog mit dem Leser eintritt. Ansonsten: die Bilder und die dazugehörigen kursiv als solche gekennzeichneten Zitate sind sämtlich authentisch und sprechen für sich.

Kaiser Wilhelm II.:

Juden und Mücken müssen vernichtet werden



Kaiser Wilhelm II., der das deutsche Volk in den mörderischen Ersten Weltkrieg geführt hat, war ein übler Antisemit.

Der britische Historiker John Röhl belegt das mit zahlreichen Quellen. So mit der Aussage Wilhelms, Juden und Mücken müssten vernichtet werden, „am besten mit Gas!“ (1927). Oder, von einem Gesprächspartner zitiert:

„Die Welt würde nicht eher Ruhe haben und besonders Deutschland nicht, bis nicht alle Juden tot geschlagen oder wenigstens des Landes verwiesen wären“ (1920).

Und im Sommer 1940 bejubelte er Hitlers Kriegserfolge: „Die Juden verlieren ihre unheilvollen Positionen in allen Ländern ...“.

(Quelle: FAZ, 1. Oktober 2019) Text: Mit freundlicher Genehmigung des Braunschweig Spiegels, Foto: Wikipedia

Braunschweigs „gar nicht so“ ehrbare Bürger



Einquartierung des Panzerbataillons 24 in die Roselies-Kaserne im Jahre 1962 mit fragwürdigen Ehrengästen: Kaiser-

Tochter, Herzogin Viktoria Luise (als Regentin im Jahre 1914 verantwortlich für Kriegsverbrechen der braunschweigischen, herzoglichen Truppen im belgischen Roselies) und Carl Heimbs, der zwei Jahre später, im Jahre 1964 zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig erwählt wurde.

Im Jahre 1932 setzte sich Heimbs zusammen mit seinem Parteikollegen Heinrich Wessel der Deutschen Volkspartei (DVP) dafür ein, Adolf Hitler

die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung im Freistaat Braunschweig zu verschaffen. So wurde Hitler am 25. Februar 1932 Deutscher, 1933 dann gleich auch Ehrenbürger Braunschweigs bis zur Aberkennung der Ehrenbürgerschaft im Jahre 1946. Eigentlich sollte die Lebensleistung von Carl Heimbs einer kritischen Neubewertung unterzogen werden, so wurde es im Rathaus 2013 beschlossen, allerdings noch nicht umgesetzt. red